



Polizei am Scheideweg – wie ernst meint es die Politik in Hessen?

Die Ankündigung der hessischen Landesregierung, zusätzlich zu den in Pension gehenden Polizistinnen und Polizisten in Hessen, 300 weitere Stellen zu schaffen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Richtig ist aber auch wenn wir sagen, dass diese Entscheidung eigentlich viel zu spät kommt und statt der avisierten 300 Stellen es eigentlich 1000 zusätzliche Stellen sein müssten, um von einer Entlastung sprechen zu können. Wenn alle hessischen Polizeistationen nur einen einzigen Polizisten im Rund-um-die-Uhr-Dienst mehr bekommen würden, brauchten wir alleine 600 zusätzliche Stellen. Dabei haben wir noch keinen Mann oder Frau in die Bereitschaftspolizei gebracht, die in einem besonderen Maße unter der gestiegenen Einsatzbelastung leidet. Dabei haben wir noch keinen Mann oder Frau in die Kriminalpolizei gebracht, die einen Großteil der Überstunden bei der hessischen Polizei generiert. Dies zeigt deutlich, in welche Größenordnungen wir vordringen müssen, um eine „Verstärkung“ von 300 Stellen richtig einordnen zu können.

Meint es die Landesregierung wirklich ernst?

Einen faden Beigeschmack hat die Tatsache, dass die zusätzlichen 300 Stellen und auch die 100 Wachpolizistenstellen allesamt einen KW-Vermerk haben – künftig wegfallend! Was bedeutet, dass diese Stellen nur temporär wegen der zusätzlichen Belastung durch die Flüchtlingswelle und den öffentlichen Druck geschaffen wurden. Die medienwirksam „verkauften“ Stellenzuwächse bei der Polizei werden durch die KW-Vermerke deutlich relativiert und verwässern Anspruch und Wirklichkeit.

Ebenso wurde der Stellenabbau im Tarifbereich von 147,5 Stellen auch nur zeitlich ausgesetzt, um, wenn sich die Lage etwas beruhigen sollte, die Polizei wieder ausdünnen zu können. Die Überforderungen im Polizeibe-

reich bestanden schon lange bevor uns die Flüchtlingswelle mit all ihren zusätzlichen Aufgaben erfasst hat. Ganz offensichtlich ist das noch nicht in der Koalition angekommen.

Die Politik hat in den letzten Jahren stetig für eine Abwertung des Polizeiberufs gesorgt. Es fing mit der Streichung des Urlaubsgeldes an, dann kam eine fast hälftige Reduzierung des Weihnachtsgeldes, die Wochenarbeitszeit wurde von 38,5 auf 42 Wochenstunden heraufgesetzt, die Lebensarbeitszeit heraufgesetzt, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage gestrichen, tarifliche Lohnerhöhungen nicht zeit- und inhaltsgleich übertragen. Und in dieser Legislaturperiode fühlte man sich noch gemüßigt, im gesundheitlichen Bereich den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung der Beamten um 34 Millionen Euro jährlich zu reduzieren und aufs Personal umzulegen. Das bundesweite hessische Alleinstellungsmerkmal Nullrunde beim Gehalt in 2015 und die in Aussicht gestellten Almosen von einprozentigen Lohnzuwächsen für die Jahre 2016 bis 2019 runden das Bild einer mangelnden Wertschätzung gegenüber der Polizei ab und gehören nun endgültig korrigiert.

Dies geschieht alles in einer Zeit, in der die Belastungen bei der Polizei nochmals eine Steigerung erfahren mussten. Die zusätzlichen Belastungen durch den nicht abreißenden Flüchtlingsstrom und die damit verbundenen ständigen Einsätze rund um die Flüchtlingsunterkünfte sowie die wachsende Terrorgefahr binden Zeit und Personal in hohem Maße. Es geht auch heute nicht mehr um das Umschreiben von Missständen, sondern es geht darum, die Bürgerinnen und Bürger ausreichend vor Kriminalität zu schützen und die Polizei in die Lage zu versetzen, diesen Anspruch ohne Verschleißerscheinungen dauerhaft erfüllen zu können. 68% der Deutschen halten die Polizei für über-



Andreas Grün, Landesvorsitzender

fordert und glauben, dass sie die Kriminalität nicht mehr wirksam bekämpfen kann. Das ergab eine Forsa-Umfrage im Januar für den „Stern“.

Bei einer Emnid-Umfrage im August letzten Jahres äußerten sich 54% der Befragten in Deutschland, dass sie sich nicht ausreichend vor Kriminalität geschützt fühlen. 69% sagten, dass sie sich mehr Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum wünschen.

Wir, die GdP und die Polizei, stehen damit nicht alleine mit unserer Einschätzung. Jetzt ist die schwarz-grüne Koalition in der Pflicht, dringende rechtsstaatssichernde Maßnahmen zu ergreifen und dies endlich konsequent von koalitionsstaktischen Hemmnissen zu trennen.

Die neuesten Umfrageergebnisse zeigen, wohin die Reise geht: Die AfD kommt auf 12% und die schwarz-grüne Mehrheit wäre dahin. Die Flüchtlingskrise und die Angst vor wachsender Kriminalität und einer personell geschwächten Polizei haben die Menschen erreicht und verunsichert.

Fortsetzung auf Seite 2



VORWORT

Fortsetzung von Seite 1

Die Ministerpräsidentin von NRW, Hannelore Kraft, sagte nach den Tumulten und Attacken rund um den Kölner Hauptbahnhof: „Es ist ein schlimmer Eindruck, der da entstanden ist. Der Eindruck, der Staat habe das Heft des Handelns für ein paar Stunden verloren.“

Wolfgang Bosbach, ehemaliger Vorsitzender des Bundesinnenausschusses, wurde in der „FAZ“ vom 15. 1. 2016, in Bezug auf die Kölner Silvesternacht wie folgt zitiert: „Was mir in den letzten Tagen viel zu kurz gekommen ist, ist die politische Selbstkritik“, rief er. Und auf „Köln“ bezogen: „Wir müssen uns schon als Parlamentarier, als Politiker selber fragen, ob wir nicht auch durch Tun und Unterlassen einen Beitrag dazu leisten, dass es überhaupt zu solchen dramatischen Vorfällen kommen kann.“

Wir stehen in Hessen an einem Scheideweg für die Polizei. Die Menschen im Land fordern und erkennen, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung mehr Polizei braucht. Gleichzeitig rächt sich die stiefmütterliche Behandlung der Polizei über Jahre und der Kardinalsfehler, in Zeiten wie diesen noch eine Nullrunde zu verordnen und im Gesundheitsbereich Einsparungen vorzunehmen, auf fast schon „brutalst mögliche Art und Weise“, um auch nochmal den Urvater der Sonderopfer, Roland Koch, an sein politisches Erbe zu erinnern.

Deshalb, gegensteuern – jetzt – mit aller Kraft.

Den offensichtlich in Stein gemeißelten Koalitionsvertrag gilt es in wesentlichen Teilen zu korrigieren. Wenn die Koalition nicht die Kraft dazu hat, sich aufgrund deutlich veränderter Verhältnisse neu auszurichten um umzudenken, dann wird sie zum Steigbügelhalter der AfD. Die Bürgerinnen und Bürger wollen einen stabilen Rahmen bei der Sicherheitsarchitektur, der das Sicherheitsbedürfnis der Menschen auch tatsächlich erreicht

Wir brauchen deutlich mehr Polizei, um dauerhaft unsere immer schwierigeren Aufgaben bewältigen zu können. Dies gelingt aber nur, wenn wir den Beruf wieder attraktiver machen und eine Trendwende zu den jahrelangen Sonderopfern einleiten. Dazu gehört auch ein deutlicher

Gehaltszuwachs in diesem Jahr, um verlorenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Was wir nicht brauchen sind Zaghafte und KW-Vermerke. Was wir lange genug ertragen haben sind

schöne Sonntagsreden. Die Erosion des Rechtsstaates hat begonnen. Deshalb: „In medias res“ hessische Landesregierung!

**Andreas Grün,
Landesvorsitzender**

STATISTIK

Hessen wieder mal hinten im Ländervergleich

Bundesland	Polizeidichte
Berlin	473
Hamburg	437
Bremen	418
Mecklenburg-Vorpommern	366
Brandenburg	328
Bayern	326
Thüringen	294
Sachsen-Anhalt	286
Saarland	281
Sachsen-Anhalt	266
Schleswig-Holstein	257
Niedersachsen	231
Nordrhein-Westfalen	228
Hessen	226
Baden-Württemberg	225
Rheinland-Pfalz	224

Damit ergibt sich für Stadtstaaten eine durchschnittliche Polizeidichte von 443, für die Flächenländer Ost von 308 und die Flächenländer West von 250 Polizisten je 100 000 Einwohnern. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 304. Uns schwer zu erkennen, dass Hessen weit abgeschlagen von jeglichem Durchschnitt liegt.

Auch im europäischen Vergleich hinkt Hessen hinterher. Tabellenführer ist

Im Januar 2016 veröffentlichte die Zeitung Rheinische Post die Ergebnisse ihrer Recherchen bezüglich der Polizeidichte in den deutschen Bundesländern. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Hessen landet mit 226 Polizisten je 100 000 Einwohnern auf einem unrühmlichen drittletzten Platz, und zwar mit nur unwesentlich mehr Polizeidichte als Baden-Württemberg (225) und Schluslicht Rheinland-Pfalz (224).

Ansonsten sind klare Trends zu erkennen. Die höchste Polizeidichte haben die Stadtstaaten Berlin (473), Hamburg (437) und Bremen (418).

Gefolgt wird die Tabelle nun größtenteils von den neuen Bundesländern, angefangen von Mecklenburg-Vorpommern (366) bis zu Sachsen (266). In diesem Bereich können aktuell von den alten Bundesländern nur Bayern (326) und das Saarland (281) mithalten.

laut den Daten von Eurostat 2012 hier Zypern mit 610 Polizisten je 100 000 Einwohnern, gefolgt von der Türkei mit 550, Spanien mit 530 und Griechenland mit 490.

Im europäischen Vergleich liegen, pauschal gesagt, die südlich gelegenen Staaten deutlich vor den nordeuropäischen Staaten. Schluslichter sind hier Großbritannien (210), Dänemark (190) und Finnland (150).

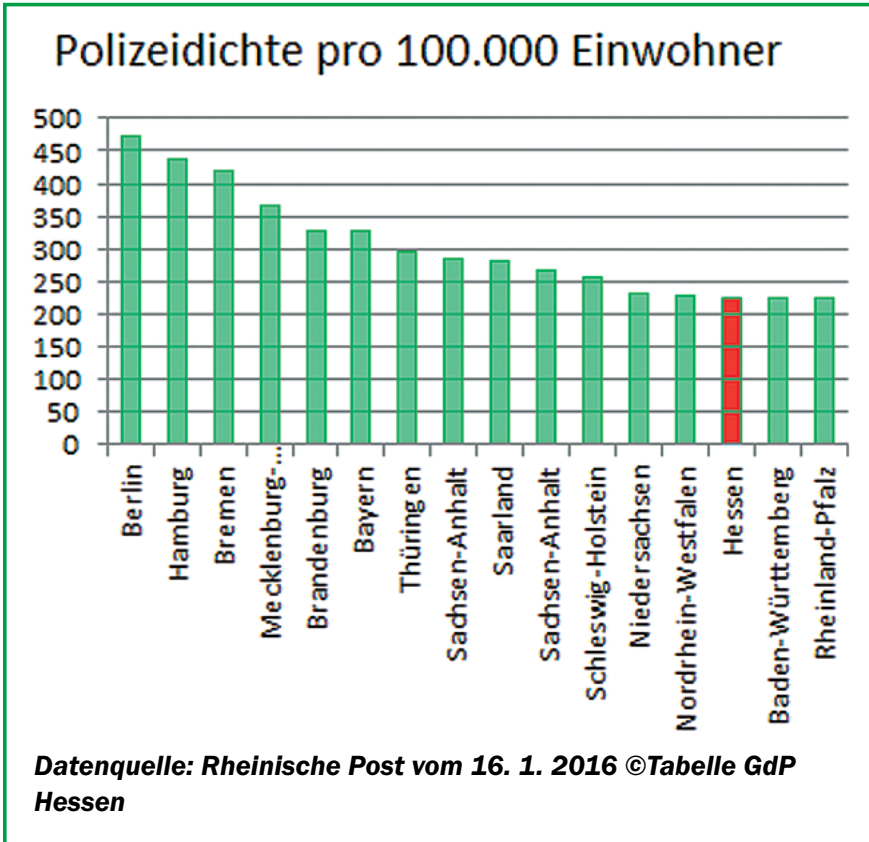
Deutschland (304) liegt hier auf dem Niveau von Frankreich (310, wobei sich diese Anzahl nach den Terrorakten sicher gesteigert hat) und Irland (290).

Die hessische Polizeidichte von 226 liegt etwa auf dem Niveau der Schweiz (220) und wird von Nachbarländern wie den Niederlanden (240) und Polen (250) noch übertroffen.

Insgesamt kann man also sagen, dass andere Staaten und Bundesländer



STATISTIK



nach einer 42-Stunden-Woche auch noch den nächsten Einsatz fahren würden. So fehlten hessische Polizistinnen und Polizisten 2014 krankheitsbedingt durchschnittlich 27,8 Tage, was im Gegensatz zu z. B. bei der AOK versicherten Arbeitnehmern mit 20,4 Tagen eine deutliche Steigerung ist, aber bei Belastungen wie Schichtdienst rund um die Uhr und bei jedem Wetter sowie jede Menge zusätzlichen Einsätzen wenig verwundert.

Es ist nicht zu erwarten, dass durch Globalisierung, Urbanisierung und internationale Konflikte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weniger Arbeit auf die hessische Polizei zukommt. Im Gegenteil.

Die Politiker, egal von welcher Partei, seien dringend dazu aufgefordert, die Fehler der Vergangenheit zu beheben und dem Bundesland, welchem sie einen Eid geschworen haben, wieder die Menge an Polizei zu geben die nötig ist, um aktiv gegen Verbrechen zu kämpfen, statt nur zu verwalten.

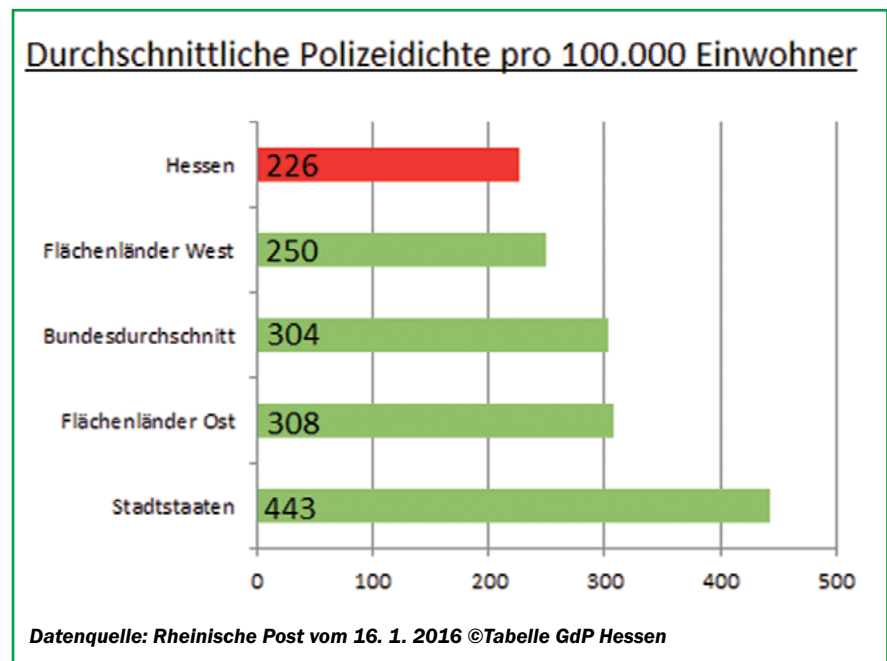
Dazu ist es dringend nötig, die Attraktivität der hessischen Polizei zu steigern, was bei der Absenkung der Wochen- und Lebensarbeitszeit beginnt, und bei der Erhöhung der Bezüge für ALLE POLIZEIBESCHÄFTIGTEN endet. Nur so kann verhindert werden, dass potenzielle Bewerber abwandern. Es ist Zeit für die Politik, vor die Lage zu kommen und nicht erst Dinge für die Polizei zu verbessern, wenn es schon zu spät ist.

Markus Hüschent

deutlich mehr in ihre Polizei investieren als Hessen. Ich möchte hier bewusst keine Diskussion über Geber- und Nehmerländer starten, wohl aber darüber, wie die Prioritäten von den sehr unterschiedlichen Regierungen, ob national oder international, gesetzt werden. Dass Hessen dabei so schlecht abschneidet verwundert umso mehr, da sich hier gerade mit Frankfurt als Weltstadt und dem damit verbundenen Flughafen sowie dem gesamten Rhein-Main-Gebiet ein riesiger Ballungsraum befindet. Unlängst wurden die Einstellungszahlen nach vielen Jahren der Kürzungen wieder etwas nach oben korrigiert, was natürlich aber immer erst drei bis vier Jahre später Auswirkungen an der Basis zeigt.

Bei Erscheinen dieser Ausgabe der „Deutschen Polizei“ wird bereits die neue hessische PKS veröffentlicht worden sein, und Politiker haben sich in Pressekonferenzen auf die Schulter geklopft, weil die Aufklärungsquote so gut ist. Diese ist aber nicht wegen, sondern TROTZ der Politiker gut, und generiert sich durch die hohe Motivation der hessischen Kollegen, die in diesem Jahr zum Dank eine Nullrunde verordnet bekamen. Wie gut könnte die Aufklärungsquote sein, wenn Hessen end-

lich wieder so viel Polizei hätte, wie es verdient? Wenn Hessen zumindest auf eine Polizeidichte vergleichbarer Bundesländer aufschließen würde, oder zumindest zum Bundesdurchschnitt? Im Umkehrschluss würden auch weniger Kollegen krank werden, weil sie nicht



GdP unterstützt auf dem Weg zur Spezialeinheit

Über den Weg eines 23-jährigen hessischen Kollegen zu den Spezialeinheiten der hessischen Polizei.

„... von Angehörigen der Spezialeinheiten und Spezialkräften wird aufgrund der speziellen Aufgaben über die allgemeine Polizeidiensttauglichkeit hinaus eine besonders hohe physische und psychische Leistungsfähigkeit gefordert ...“

Diese Formulierungen der Ausschreibungen und der schwierige Einstellungstest schreckte mich ab. Ich stellte mir die Frage, würde ich diesen Normen entsprechen? Den schwierigen Test bestehen? Oder ist das ganze eine Nummer zu groß für mich?

Natürlich unterhält man sich unter den gleichaltrigen Kollegen über den eigenen weiteren dienstlichen Werdegang bei der hessischen Polizei. Meine Kolleginnen und Kollegen im Studium oder in der ersten Verwendung bei der Bereitschaftspolizei konnten mir diese Bedenken jedoch nicht nehmen oder hatten sie ähnliche Pläne – ging es ihnen ebenso.



Foto: Tim Reckmann, pixello.de

Wunsch, zu den Spezialeinheiten zu gehen.

So waren es ehemalige Angehörige der SEN, die jetzt in einer dienstlichen Anschlussverwendung waren oder

nützliche Tipps und praktische Hilfe wie Training zum Sporttest in der Bereitschaftspolizei oder Anregungen zur Literatur für die schriftlichen Tests usw., usw. letztlich eine Unterstützung, ohne die ich es wohl nicht geschafft hätte.

Heute, Jahre später, versehe ich meinen Dienst in einer hessischen Spezialeinheit und stand schon oft jungen Kolleginnen und Kollegen gegenüber, die ebenfalls mit dem Gedanken spiele sich bei den Spezialeinheiten zu bewerben. Diesen Kollegen kann ich heute mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Darum traue auch du dich und sprich die JUNGE GRUPPE HESSEN bei Fragen zu jedem Thema an. Wir sind erreichbar unter der Mailadresse: hessen@gdp-jg.de



Foto: Reinhard Grieger, pixello.de

Es war dann ein glücklicher Umstand, dass ich als junger Angehöriger der Bereitschaftspolizei eine längere Abordnung in den Einzeldienst bekam.

Hier lernte ich viele neue Kollegen aus den verschiedensten dienstlichen Bereichen kennen. Gerade die Struktur der Vertrauensleute der GdP auf den Dienststellen ermöglichte mir eine große Bandbreite, über den Bereich der Bereitschaftspolizei hinweg, an Meinungen und Einblicken zu bekommen. Eben auch über meinen

GdP-Mitglieder, die aktiv Dienst in den Kommandos versahen und mir in netten unverbindlichen Gesprächen oder per Mail meine Fragen beantworteten.

Somit konnte meine Unwissenheit und Unsicherheit über diesen Bereich der Polizei deutlich gemindert werden. Meine Scheu vor einer Bewerbung konnte mir Dank dieser Unterstützung genommen werden.

Auch während der Vorbereitungsphase vor dem EAV profitierte ich von der GdP-Struktur und erhielt durch

Eure JUNGE GRUPPE HESSEN



3-Stunden Rennen plus Qualifying in Limburg – Eine der größten Indoor Kartbahnen Deutschlands!

Anmeldung erforderlich!
Nähere Informationen zum
Rennen und das Anmelde-
formular findet ihr auf der
Homepage (www.gdp.de/hessen). Ausrichter sind
die Landesjugendvorstände
der JUNGEN GRUPPE (GdP).

Anfragen an den Renn-
koordinator bitte unter:
Kart@Hunter-Racing.de



PVAG



HUNTER-Racing
Punkt DE



DIE KREISGRUPPEN STELLEN SICH VOR

Kreisgruppe Untertaunus



Aktivitäten der Kreisgruppe Untertaunus

Hallo, hier sind wir, der Vorstand der Kreisgruppe Untertaunus. Wir, das sind Achim Leibl (Schriftführer), Eckhard Gentzsch (Kassierer), Jonas Dinter (stellvertretender Kassierer), Markus Heiß (Vertreter Wachpolizei), Ralf Heil (Vertreter Ordnungspolizei), Bernd Wahnel (2. Vorsitzender) und Karl Klute (1. Vorsitzender).

Wir vom Vorstand sind eng vernetzt und treffen uns in unregelmäßigen Abständen, insbesondere bei gewerkschaftlichen Anlässen und kreisgruppeninternen Angelegenheiten. Bei letzteren handelt es sich vorwiegend um Mitgliederbetreuung und Freizeitangebote für unsere Mitglieder. Die Angebote hier sind vielfach. Wandertag, Motorradausfahrten, Grillnachmittag, Fahrradtouren und auch mal eine weitere Reise wurden in der Vergangenheit angeboten und auch durchgeführt.

In der Kreisgruppe Untertaunus sind Kolleginnen und Kollegen aus den Polizeistationen Bad Schwalbach und Idstein sowie Kolleginnen und Kollegen der Ordnungspolizei der angrenzenden Kommunen organisiert. Weiterhin hat die Kreisgruppe Untertaunus auch Fördermitglieder, die

nicht nur an verschiedenen Veranstaltungen teilnehmen, sondern auch Fragen zur Gewerkschaftsarbeit stellen.

Auch unsere Senioren sind aktiv. Rudi Laux als Seniorenvertreter organisiert die pensionierten Kollegen der Kreisgruppe Untertaunus und nimmt häufig an Veranstaltungen der Seniorenbezirksgruppe teil.

Im Personalrat des PP Westhessen ist die Kreisgruppe durch Eckhard Gentzsch vertreten. Er ist das Bindeglied der Kreisgruppe zum Personalrat. Beschlüsse und Anregungen der Kreisgruppe transportiert Eckhard Gentzsch in den Personalrat und sorgt so für deren Umsetzungen.

Der jetzige Vorsitzende Karl Klute gehört dem Vorstand der Kreisgruppe schon seit 1996 an. Zunächst als Schriftführer, seit 2010 als Kreisgruppenvorsitzender. Sein Konzept, Vorstandsarbeit transparent zu machen und jedem Mitglied die Möglichkeit zu bieten, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen, ging voll auf. So stellen mittlerweile immer mehr Mitglieder berufs- und gewerkschaftspolitische Fragen, welche in der Regel auch gleich beantwortet werden.

Auch bei Problemen mit dem Arbeitsplatz oder dem Dienstherrn wird jedem Mitglied geholfen. Neben einer Beratung diesbezüglich wird jedem Mitglied Rechtsschutz gewährt, um die Durchsetzung seiner Interessen zu gewährleisten. In der Vergangenheit hat es nie einen Versagungsgrund für den Rechtsschutz gegeben.

Dieser Einstellung ist die Mitgliederzufriedenheit und der ständige Anstieg von Neumitgliedern zu verdanken. Ursprünglich 68 Mitglieder im Jahre 2010, sind es nun 95 Mitglieder Ende 2015. Das Betreuungskonzept von Vorstand und Vertrauensleuten zeigt, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist.

Zur Tradition geworden ist das Weihnachtsessen der Kreisgruppenmitglieder, welches immer zur Jahreshauptversammlung am Jahresende stattfindet. Interessante Vorträge und Meinungsaustausche gehören ebenso zur Jahreshauptversammlung wie auch die Möglichkeit der Mitglieder, sich auch mal außerhalb des Dienstes zu treffen und miteinander zu reden.

Karl Klute



Die Elternzeit-Falle

Von der Politik als großer Wurf beworben, erfreut sich die Elternzeit großer Beliebtheit, zumal mit Änderungen wie Elterngeld Plus viel Flexibilität bei der Kindererziehung möglich ist. Doch es gibt einige Fallstricke und Besonderheiten zu beachten.

1. Der Zeitpunkt der Elternzeit

Wenn man die Elternzeit direkt ab dem Zeitpunkt der Geburt nimmt, hat man natürlich keinen Einfluss auf die zeitliche Abfolge. Der Großteil derjenigen, die die Elternzeit direkt nach der Geburt und langfristig nehmen, sind Mütter. Väter hingegen können sich den Zeitpunkt innerhalb eines Zeitraumes aussuchen, beginnend immer mit dem jeweiligen Tag, an dem das Kind geboren wurde. Wurde das Kind also am 5. 3. geboren, kann die Elternzeit am 5. 3., 5. 4., 5. 6. usw. beginnen.

Je nach Geburtsdatum des Kindes können die Resultate, wie viele freie Tage man nun in seiner Elternzeit hat, sehr unterschiedlich sein. Der Februar wird meist weniger Arbeitstage haben als andere Monate, und auch Feiertage wie Ostern, Weihnachten, Neujahr usw. haben ihre Auswirkungen. Wer also klug rechnet wird feststellen, dass es im Einzelfall viel mehr Sinn machen kann, LAK, Urlaub oder Dienstfrei zu nehmen statt einer Elternzeit mit wenig freien Tagen, oder dass ein Verschieben der Elternzeit um ein paar Monate wesentlich mehr freie Tage generiert. Beispiel: Beginnt eine Elternzeit von einem Monat am 19. 12. 2015 ergab dies 17 freie Arbeitstage. Beginnt eine Elternzeit von einem Monat am 19. 1. 2016, kommen 23 freie Arbeitstage dabei heraus – für das gleiche Geld.

2. Eingang bei der Elterngeldstelle

Je näher der Geburtstermin rückt, umso eher sollte man kontrollieren, ob der Antrag auf Elterngeld auch bei der Elterngeldstelle eingegangen ist, sofern von da keine Reaktion kommt. Kollegen berichteten mehrfach davon, dass ihr Schreiben auf Nachfragen hin nicht gefunden wurde, was dann bedingt, dass das Elterngeld nicht rechtzeitig kommt.

3. Krank in Elternzeit

Wird man in der Elternzeit krank, ist das persönliches Pech. Eine Ver-

längerung der Elternzeit um die Anzahl der Krankheitstage oder gar eine finanzielle Erstattung gibt es nicht.

4. Angabepflicht in der Steuererklärung

Von der Politik gefeiert wird häufig, dass das Elterngeld steuerfrei ist. Auf der Steuerkarte taucht das Elterngeld nicht auf. Trotzdem muss das Elterngeld in der Steuererklärung angegeben werden, auch wenn Finanzamt und Elterngeldstelle vernetzt sind und die Daten ohnehin beim Finanzamt auftauchen. Warum das Ganze, wenn das Elterngeld doch steuerfrei ist? Das führt uns zu Punkt 5.

5. Der Progressionsvorbehalt

In der empfehlenswerten Broschü-

re der Frauengruppe „Hessischer Ratgeber für werdende Eltern“ heißt es: „Das Elterngeld ist steuerfrei. Es wird jedoch zu den Einkünften addiert, um den Steuersatz zu ermitteln, der auf das steuerpflichtige Einkommen angewendet wird. Da das steuerliche Einkommen und der Steuersatz nach Ablauf des Veranlagungszeitraums festgelegt werden, sind Steuernachzahlungen nicht ausgeschlossen.“

In der Praxis sind Steuernachzahlungen für den Progressionsvorbehalt von ca. 1000 € keine Seltenheit, speziell wenn der durchgehend arbeitende Ehepartner in der Steuerklasse III ist. Je nach persönlicher

Fortsetzung auf Seite 8

Von Beginn an dabei

Hessischer Ratgeber für werdende Eltern

Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Hessen

„Hessischer Ratgeber für werdende Eltern“, erhältlich über eure Kreisgruppe oder digital im geschlossenen Mitgliederbereich.

FAMILIE

Fortsetzung von Seite 7

Situation kann es z. B. sinnvoll sein, von der Konstellation III/V zu IV/IV zu wechseln oder umgekehrt. Die Broschüre der Frauengruppe rät: „*Verdient ein Ehepartner deutlich mehr als der andere, sollte derjenige, der das Kind gleich nach der Geburt betreut und Elterngeld bezieht, in der Steuerklasse III sein.*“

Wichtig ist, das man sich frühzeitig Gedanken macht, denn sonst kann es zu unerwünschten Überraschungen kommen, gerade wenn, wie bei jungen Familien nicht unüblich, Abtrag für ein Haus etc. geleistet werden muss. Es kann ebenso Sinn machen, von den monatlichen Elterngeldzahlungen etwas zurückzulegen.

Es kann sogar dazu kommen, dass im darauffolgenden Jahr Vorauszahlungen für die Steuer geleistet werden müssen, obwohl abzusehen ist, dass keine oder kaum Elternzeit genommen wird. In solchen Fällen lohnt es sich, Widerspruch gegen den Steuerbescheid einzulegen.

Markus Hüschenbett

FAMILIENBEITRAG FÜR GDP-MITGLIEDER

WER KANN DEN FAMILIENBEITRAG BEANTRAGEN?

Grundsätzlich alle aktiven und pensionierten GdP-Mitglieder. Ausgenommen sind die Mitglieder mit bereits reduzierten Mitgliedsbeiträgen (Mitglieder während der Ausbildung, Elternzeit und Fördermitglieder)

WELCHE VORAUSSETZUNGEN MÜSSEN ERFÜLLT SEIN?

Verheiratet, verpartnert, eheähnliche Lebensgemeinschaft oder Eltern/Kind und Identischer Wohnsitz

BEI WELCHEM MITGLIED WIRD DER BEITRAG REDUZIERT?

Der Mitgliedsbeitrag des niedriger eingestuften Mitglieds wird um 50% reduziert. Sind beide in der gleichen Beitragsgruppe, ist im Antrag anzugeben, bei welchem Mitglied der Beitrag reduziert werden soll.

VERÄNDERT SICH DURCH DIE REDUZIERUNG DAS LEISTUNGSPAKET?

Nein, die GdP-Leistungen bleiben in vollen Umfang bestehen.

WIE WIRD DIE EINSTUFUNG BEANTRAGT?

Den Antrag auf Einstufung in einen Familienbeitrag ist bei der Kreisgruppe/ Bezirksgruppe und auf der Home-

page der GdP Hessen (www.gdp.de/hessen) erhältlich. Die Kreisgruppe/ Bezirksgruppe prüft den Antrag und leitet ihn an die Mitgliederverwaltung weiter. Die Einstufung in den Familienbeitrag erfolgt zum nächsten Quartal.

SONSTIGES

Es besteht die Verpflichtung für das Mitglied, der GdP den Wegfall der Voraussetzungen zur Beitragsreduzierung unverzüglich mitzuteilen. Im Antrag ist anzugeben, welches Mitglied die Zeitschrift Deutsche Polizei erhalten soll, da hierdurch ein Versandweg erspart wird.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

JUBILARE

**25-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Klaus Hartung
Kreisgruppe PAST Baunatal
Michael Bachmann
Andreas Heinz-Steinsulz
Kreisgruppe HBPP

**40-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Wolfgang Kaimer
Kreisgruppe HBPP

**50-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum:**

Jürgen Mewers
Leonhard Kaimer
Kreisgruppe HBPP

STERBEFÄLLE

Es starben

Ralf Weitzel
Kreisgruppe Offenbach
Karl Desel
Kreisgruppe Kassel
Rainer Müller
Kreisgruppe PAST Baunatal
Hanskurt Beilfuß
Kreisgruppe Fritzlar
Arnold Schacht
Kreisgruppe HPA
Rudolf Jakesch
Kreisgruppe Vogelsberg
Wolfgang Günter Schapiro
Kreisgruppe Hofgeismar
Lothar Rieger
Kreisgruppe Darmstadt
Heinrich Bender

**Wir werden den Verstorbenen
ein ehrendes Andenken
bewahren!**

